

Nach dem Erlass der letzten Verordnung des Landes Niedersachsen zur Bekämpfung des Corona-Virus hat Oberbürgermeister Klaus Mohrs die Regelungen für unsere Stadt noch weiter verschärft obwohl es dafür aufgrund der sinkenden Inzidenzwerte und einer relativ entspannten Situation in unserem Klinikum eigentlich keine Grundlage gab.

Durch eine neue Allgemeinverfügung sind nun seit dem 24.01. nur noch Atteste zur Maskenbefreiung zugelassen, welche eine Diagnose enthalten, welche also den genauen Grund für die Befreiung (Nennung der Erkrankung) sowie Vorerkrankungen ausweisen.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat Anfang Januar eine entsprechende Regelung gekippt, mit dem Hinweis, dass die rechtliche Grundlage für so einen massiven Datenschutzeinschnitt nicht ausreichen würde.

Ich habe den Oberbürgermeister darauf angesprochen und ihm meine Bedenken mitgeteilt.

Er antwortete, dass er sich im Recht sähe und der Datenschutz hinter dem Infektionsschutz zurücktreten müsse.

Ich empfinde das als einen ungeheuerlichen Zustand, dass jemand sich seit einem Jahr auf einen „Notstand“ berufen kann und ohne demokratische Kontrolle im Alleingang Rechtsgüter gegeneinander aufwiegen kann, wie er das für richtig hält!

Auf der Internetseite der Datenschutzbeauftragten sind einige Hinweise zu lesen.

Darunter auch, dass Atteste mit Diagnosen für Schüler gerechtfertigt seien.

Nun, ein Schüler unterliegt der Schulpflicht und muss seine Befreiung wohl nur einmal gegenüber der Schule nachweisen. Von daher liegt der Fall hier wohl auch ganz anders als bei der übrigen Bevölkerung.

Wenn jeder Bürger gezwungen ist, überall seine Diagnose mitzuteilen, ist das nicht mehr spezifisch und dieser Fall ist auch nicht auf der Internetseite der Datenschutzbeauftragten beschrieben. Wahrscheinlich wohlweislich, dass dies nicht mehr angemessen und verhältnismäßig ist.

Der Rat der Stadt hat leider keine Kompetenz, von sich aus die Regelungen aufzuheben oder eigene Vorgaben zu beschließen. Die Kompetenz liegt im Katastrophenfall beim Leiter des Krisenstabes der Gemeinde, also beim Oberbürgermeister, der sich nur im nichtöffentlichen Gremium (angeblich) beraten lässt.

Man erhält nur spärliche Informationen darüber, auf welcher Grundlage der Krisenstab bzw. der Oberbürgermeister zu seinen Einschätzungen kommt. In einem Fraktionssprecherkreis wird zwar über den Stand der Corona-Lage informiert, aber das

sind keine öffentlichen Sitzungen, d.h. weder die Bürger erfahren etwas aus diesem Gremium, noch kann man als Opposition daraus berichten.

Was nach außen dringt, sind lediglich die „Corona-Zahlen“ in Form von Pressemitteilungen.

Es ist fraglich, ob dieser „Krisenfall“ auf den man sich beruft, auch nach einem Jahr auch noch andauern kann und ob die „pandemische Notlage von nationaler Tragweite“ überhaupt vorliegt, wenn ca. 90 Prozent der Mitbürger keinerlei Erkrankungen haben oder diese so leicht sind, dass sie sie schlicht nicht bemerken. Es hat sich hinreichend gezeigt, dass das Corona-Virus sehr wohl eine ernste Gefahr darstellt, jedoch zum weit überwiegenden Teil sehr alte Menschen bedroht, besonders wenn Sie bereits schwere Vorerkrankungen haben.

Über 80% der Verstorbenen sind Bewohner von Alten- oder Pflegeheimen, welche oftmals bereits geschwächt waren.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Gestorbenen lag sogar noch über der durchschnittlichen Lebenserwartung aller Deutschen. Kinder und junge Erwachsene sind nur selten von schlimmen Krankheitsverläufen betroffen.

Insgesamt ist das Corona-Virus damit nicht der noch Anfang 2020 befürchtete „Killer-Virus“ der die gesamte Bevölkerung bedroht.

Rechtfertigt dies also eine Aushebelung vieler Grundrechte? Rechtfertigt dies die Feststellung einer „pandemischen Notlage nationaler Tragweite“?

Rechtfertigt dies einen Missbrauch des Infektionsschutzgesetzes, um teilweise sinn- und planlose Verbote und Gebote zu erlassen? Ich denke, dies alles ist nicht gerechtfertigt!

Im Moment bleibt mir nicht mehr, als in den nichtöffentlichen Sitzungen mich kritisch zu Wort zu melden. In den öffentlichen Sitzungen wird die offene Debatte dagegen gescheut.

Entsprechende Anträge zur Tagesordnung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde einmal- entgegen der Geschäftsordnung- nicht einmal abgestimmt.

Ein anderes Mal hätte der Antrag ein einstimmiges Votum gebraucht, was er jedoch leider nicht erhielt.

Es zeigt sich, dass die anderen Fraktionen im Rat der Stadt dieses Thema nicht einmal mehr öffentlich diskutieren möchten!

Warum der Oberbürgermeister anscheinend bessere Expertise besitzt, als die Fachleute auf Landesebene und darum immerwieder eigene Regelungen, die über die Landesregelungen hinausgehen erlässt, hinterfragen unsere politischen Gegner im Rat der Stadt offensichtlich nicht.

Öffentlich gab der Oberbürgermeister ein Zeitungsinterview, wo er den Grund für die „erweiterten“ Atteste preisgab: Es seien vermehrt „gekaufte“ Atteste im Umlauf.

Die Mediziner vor Ort wiesen das ihrerseits umgehend über die Zeitungen zurück.

Es gäbe in Wolfsburg kein solches, gehäuftes Problem.

Man kann von einem tiefen Misstrauen gegen die Ärzte sprechen, wenn ein Oberbürgermeister den Attesten der Ärzte nicht mehr vertraut!

Es untergräbt das Vertrauen in die Ärzteschaft und insgesamt ist es ein Keil in die Verschwiegenheit zwischen Arzt und Patient.

Sollte es tatsächlich falsch ausgestellte Atteste geben, so liegt es an der Ärztekammer, hier nachzugehen. Diese Vorgehensweise ist meines Erachtens völlig ausreichend um sicherzustellen, dass alles mit rechten Dingen zugeht.

Überhaupt nicht vorzukommen in den Überlegungen des Oberbürgermeisters Mohrs scheint die Tatsache, dass es auch andere Gründe haben könnte um von der Maskenpflicht befreit zu werden, als körperliche Gründe. Auch psychische Leiden, zum Beispiel Angststörungen oder Psychosen etc. könnten Gründe sein, keine Masken tragen zu können!

Hier wird leider oft argumentiert, die Leute „sollen sich mal nicht so haben und für fünf Minuten halt eine Maske im Geschäft tragen“.

Ich empfinde das als übergriffig, empathielos und völlig arrogant! Letztlich wenden sich solche Angriffe genau gegen die Bürger, die eigentlich mit den Maßnahmen geschützt werden sollen- Menschen mit Vorerkrankungen und Menschen mit Beeinträchtigungen, also gegen die schwächsten der Gesellschaft.

Dass sowohl die Bundesregierung, wie auch die Landesregierung völlig unverhältnismäßig entscheidet und handelt, davon bin ich überzeugt. Das sich aber inzwischen Bürgermeister in völlig überheblicher Weise auf das Infektionsschutzgesetz berufen, um vor Ort die Freiheiten noch weiter einzuschränken, das ist etwas, das man so nicht hinnehmen kann!

Es kann weiterhin der Landesregierung nicht daran gelegen sein, dass sich- nach dem Chaos im Bund, wo jedes Bundesland sein eigenes Ding macht- nun auch so ein Wildwuchs innerhalb des Bundeslandes breitmacht.

Wenn überhaupt, können doch Verschärfungen nur aufgrund einer besonderen Schwere der Lage in der jeweiligen Stadt sein.

Ist dies nicht gegeben, so ist das reine Willkür!

Die Inzidenzwerte sinken weiter und die Bürger fragen sich zu Recht, wann endlich die Maßnahmen gelockert werden. Es stehen viele Existenzen auf dem Spiel und das bereitet den Bürgern Sorge!

Zudem stützen sich die Inzidenzwerte/ R-Werte (welche sich in ihrer Wichtigkeit je nach Bedarf abwechseln) auf einen Test, der völlig falsch angewendet wird!

Symptomlose Menschen zu testen macht überhaupt keinen Sinn! Die Testungen mit einem hohen Ct-Wert zu betreiben, wie dies leider oft geschieht, erhöht zudem die Fallzahlen weil hier falsch positive Fälle geradezu herbeigetestet werden!

Ich stelle fest, dass gemäß Stand der Wissenschaft ein aussagekräftiger Virentest sich dadurch auszeichnet, dass dieser das lebende Virus nachweist. Hierbei wird geprüft, ob die Probe in einer Zellkultur zur Produktion von Viren fähig ist. Dieser Test ist sehr zeitaufwändig und ergibt eher falsch-negative Resultate.

Hingegen sagt der Nachweis der RNA (Ribonukleinsäure) durch PCR (Polymerase-Kettenreaktion, engl. „polymerase chain reaction“, PCR) des Virus nichts darüber aus, ob da ein infektiöses Agens ist oder nur dessen Überreste. Die Rate an falsch-positiven Befunden ist bei dieser Methode besonders hoch. In Deutschland ist sie jedoch die bevorzugte Methode.

In diesem Zusammenhang hat die Ct-Zahl eine besondere Bedeutung: Ct steht für „Cycle threshold“ und bedeutet die Anzahl der Zyklen, die notwendig sind, um einen Farbumschlag zu beobachten. Als aussagekräftig genug werden

gemeinhin 20 bis maximal 30 Zyklen einer PCR angesehen. In Beipackzetteln werden aber bis zu 45 Zyklen empfohlen. Dadurch werden falschpositive Ergebnisse erzwungen.

Eine Studie aus dem Chinesischen Wuhan vom Mitte 2020 belegt zudem, dass es kaum asymptomatische Infektionswege gibt!

(<https://www.nature.com/articles/s41467-020-19802-w>) (<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/113428/Zehn-Millionen-Menschen-in-Wuhan-getestet-300-asymptomatische-Faelle>)

Die Frage ist also, warum hierzulande Menschen ohne Symptome aber mit einem (falsch) positivem PCR-Test als Infizierte bezeichnet und in den Statistiken geführt werden?

Besonders dramatisch ist es, dass die Kinder in der Zeit des Lockdowns aller sozialen Kontakte beraubt werden! Was dies für die psychische und körperliche Gesundheit dieser Kinder bedeutet, können wir wohl bereits an den Warnungen von Kinderärzten ablesen. (<https://www.ruhr24.de/service/coronavirus-kinder-krank-studiekrise-arzt-auflagen-psychisch-physisch-aktuell-leverkusen-13864278.html>)

Die AfD-Fraktion fordert daher mit Nachdruck, den derzeitigen Lockdown zu beenden und für Wolfsburg zumindest die Landesregelungen nicht noch weiter zu verschärfen!

Die Praxis, Menschen ohne Symptome nur aufgrund des PCR- Tests als Infiziert zu erfassen muss überdacht werden! Generell sollte man sich auf den Schutz der Risikogruppen also älteren Menschen oder Menschen mit Vorerkrankungen konzentrieren!

Eine Maskenpflicht an der frischen Luft kann niemand mehr nachvollziehen und wenn der Staat den Schülern schon medizinische Masken vorschreibt, dann hat er diese auch zu stellen und nicht die Kosten dafür auf die Eltern abzuwälzen!

Ein Schlag ins Gesicht der vielen Selbständigen und Arbeitnehmer die vom Lockdown hart getroffen sind, ist die kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung des Lockdowns!

Trotz sinkender Werte werden Ausgangssperren und Berufsverbote weiter aufrechterhalten.

Welche Rechtfertigung gibt es dafür?

War das ursprüngliche Ziel, die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern und dafür zu sorgen, dass alle Kranken in den Krankenhäusern die notwendige, medizinische Behandlung erhalten, so wurde dieses Ziel offenbar aufgegeben, als erkennbar wurde, dass das Gesundheitssystem nicht kollabieren würde. Plötzlich war die R-Zahl kleiner als eins die ausschlaggebende Kenngröße. War auch dieses Ziel erreicht, wurde eine vollkommen willkürliche, unwissenschaftlich festgelegte Inzidenz-Zahl aus dem Hut gezaubert. Sie soll angeblich die Schwelle der nachverfolgbaren Infektionen durch das Gesundheitsamt wiedergeben. Warum das Gesundheitsamt die Kontakte von symptomlosen gesunden Menschen (aber mit einem unbrauchbaren Test positiv getesteten) nachverfolgen muss, erschließt sich nur Merkel und den ihr zuliefernden „Experten“.

Aber selbst der Inzidenzwert von 50 Infizierten pro 100 000 Einwohnern gilt jetzt vielerorts als unterschritten. Und schon wird der Willkür-Wert auf 35 gesenkt. Die eifrigsten von Merkels „Experten“ fordern schon den Inzidenzwert von 10.

Wer mit offenen Augen mitverfolgt, wie nach gradewohl die Kriterien immer gerade so angepasst werden, wie sie Frau Merkel gebrauchen kann, um ihre Politik zu rechtfertigen, der kann nur noch den Kopf schütteln!

Mittlerweile ist klar, dass Frau Merkel und Herr Söder sich Gefälligkeitsgutachten von Wissenschaftlern liefern lassen. Die Zeitschrift Welt berichtete in dieser Woche ausführlich davon.

Die faktenlose, völlig unverhältnismäßige Verlängerung der Corona- Maßnahmen der Regierung sind der Sargnagel für unsere Wirtschaft! Viele Betriebe aus Tourismus, Handel, Kunst- und Kulturszene, Gaststätten und viele andere werden in den nächsten Monaten unweigerlich in die Pleite gehen!

Auch, weil die Regierung lange erwartete Hilfgelder noch immer nicht ausgezahlt hat!

Derweil ist man unfähig oder unwillig, die wirklichen Risikogruppen durch mehr Pfleger und Reinigungskräfte, mehr Hygiene und die Abwehrkräfte fördernden Maßnahmen zu schützen.

Die Beschaffung und Verteilung der Impfsereen ist an Inkompetenz und Panlosigkeit nicht mehr zu überbieten! Die Hotline ist oft nicht erreichbar. Wartelisten werden nicht abgearbeitet.

Die EU hat dabei eindrucksvoll gezeigt, dass Sie unnützlich ist und nicht einmal die Bestellung der Impfstoffe hinbekommt.

Es ist ein Skandal, dass diese Regierung, dass Frau Merkel, Herr Spahn, Herr Altmeier und Frau von der Leyen noch im Amt- und nicht freiwillig zurückgetreten sind!

Diese Politiker haben unserem Land und ihren Bürgern schweren Schaden zugefügt und fügen ihn weiterhin zu, jeden Tag den sie weiter wirken!

Die AfD-Fraktion fordert daher die Verantwortlichen, angefangen Frau Dr. Merkel auf, zurück zu treten!

Schon alleine die Festlegung von Maßnahmen durch ein nicht legitimes Gremium- dem Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten- ist eine bewusste Umgehung des Parlaments! Der richtige Weg wäre eine Debatte im Bundestag und das Beschließen von Gesetzen durch den Bundestag. Anschließend müssten diese durch den Bundesrat (denn dieser ist die Vertretung der Bundesländer) bestätigt werden. Alles andere ist offener Rechtsbruch, den die Kanzlerin wiederholt begangen hat!

Einigkeit und Recht und Freiheit. So beginnt unsere Nationalhymne. Einigkeit und Recht und Freiheit. Dies steht als Inschrift am Reichstag in Berlin, dem Sitz des Bundestages.

Einig sind die Deutschen schon länger nicht mehr.

Frau Merkel zerreißt unsere Gesellschaft und spaltet durch ihre Politik wie kaum ein anderer Regierungschef in unserer bundesdeutschen Geschichte.

Unser Land zerfällt in Befürworter der Merkel-Maßnahmen und vom Mainstream so betitelte (und damit herabgewürdigte) „Covidioten“, „Schwurbler“ oder „Corona-Leugner“.

Das Recht wird verdreht und gebeugt, wie noch nie, das Infektionsschutzgesetz missbraucht.

Die Freiheit, wird hinten angestellt. Die „Sicherheit“ ist an die Stelle der Freiheit getreten und treibt immer seltsamere Blüten.

Kinder mit Schlitten werden von Polizisten angesprochen. Man rät inzwischen zwei Masken über einander zu tragen.

Ist das noch Einigkeit? Ist das noch Recht?

Ist das noch Freiheit?

Angela Merkel hat schon oft unserem Land massiv geschadet. Durch die (entgegen der europäischen Verträge) Übernahme von Schulden anderer Länder, der Eurorettungs-Politik.

Durch die Öffnung der Grenzen und die illegale Einwanderung in unser Land, besonders die Grenzöffnung 2015.

Durch eine komplett planlose Energiewende aufgrund der „Klimarettung“.

Und viele weitere Fehlentscheidungen die dazu führten, dass unser Land in vielen Bereichen von der Weltspitze auf einem bedauerlichen Mittelplatz in der Welt abgeschlagen wurde.

Ihr neuester Coup dürfte uns nun wohl den Rest geben: Der alternativlose immer weiter verlängerte Lockdown.

Generationen haben dieses Land aufgebaut. Generationen werden brauchen, um die Schulden welche Frau Merkel aufgehäuft hat, wieder abzuzahlen.

Die AfD wird weiter gegen diese Entwicklung ankämpfen!

Wir werden politisch alles versuchen, um die Folgen für unser Land und für unsere Kinder und Enkel abzumildern.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schlick

Vorsitzender der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfsburg